



Update aus Berlin

April '23 (I)

Zeitenwende: Deutschlands Rolle in der Welt

WIE DER UKRAINEKRIEG UNSERE AUSSENPOLITIK VERÄNDERT

**DONNERSTAG,
04. MAI '23, 17:30
ROOFTOP LOUNGE TUTTENBROCKSEE
BECKUM**

MIT MICHAEL MÜLLER, EHEM. REGIERENDER
BÜRGERMEISTER VON BERLIN, MITGLIED IM
AUSWÄRTIGEN AUSSCHUSS DES BUNDESTAGES

UND BERNHARD DALDRUP,
BUNDESTAGSABGEORDNETER FÜR DEN
KREIS WARENDORF

5. Beckumer
Seegespräch



WICHTIGES
aus dem Bundestag

NEUES
aus dem Wahlkreis



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

wir alle bekommen zuhause natürlich mit, wo den Menschen der Schuh drückt, denn zu unserer Arbeit in den Wahlkreisen gehört der Austausch vor Ort – selbstverständlich auch mit den Vertreter:innen aus den Kommunen. Schließlich gestalten wir hier in Berlin an vielen Stellen das, was vor Ort umgesetzt wird.

Wir wissen um die großen Aufgaben und Leistungen der Kommunen, gerade aktuell bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Wir brauchen starke und handlungsfähige Kommunen – und deshalb unterstützen wir als Bund die Städte und Gemeinden finanziell mit großen Summen. Aber in unserem föderalen System ist nicht immer mehr Geld vom Bund die Lösung, manchmal sind es auch Wege und Prozesse, die es zu verbessern gilt. Wir wissen: Man kann Dinge auch immer noch besser machen. Um darüber zu diskutieren, hatten wir in dieser Woche Vertreter von zwei kommunalen Spitzenverbänden in unserer Fraktionssitzung zu Gast, vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Ein gerechter und sozialer Arbeitsmarkt sollte allen Menschen offenstehen – egal, ob mit oder ohne Behinderung. Leider drücken sich einige Unternehmen davor, Menschen mit Behinderung einzustellen, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Mit dem Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt, das wir in dieser Woche beschlossen haben, machen wir einen großen Schritt in Richtung einer inklusiven Gesellschaft. Wir verdoppeln die Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber:innen, die trotz Beschäftigungspflicht keinen einzigen Menschen mit Behinderung beschäftigen. Die Einnahmen aus der Abgabe fließen künftig vollständig in die Beschäftigungsförderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. CDU/CSU haben diese Forderung immer blockiert – gut, dass wir in der Ampel nun für mehr Inklusion im Arbeitsleben sorgen.

Am vergangenen Wochenende wurden die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz genommen – ein historischer Tag! Damit vollziehen wir den Ausstieg aus der Atomkraft, der unter Rot-Grün eingeleitet wurde. Es ist ein richtiger Schritt, denn Atomkraft ist teuer, unsicher und nicht nachhaltig. Während uns CDU/CSU mit ihrer Forderung nach einem Gas-Embargo als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine in eine energiepolitische Katastrophe geführt hätten, hat es die Ampel unter Führung der SPD in kurzer Zeit geschafft, die Energiequellen zu diversifizieren und neue Energiepartnerschaften zu schließen. Nun geht es vor allem darum, die erneuerbaren Energien maximal auszubauen, die bislang massiv vernachlässigt wurden.

Euer



Inhalt

Meine Rede zum Antrag AfD „Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern“. >>> Kommunale Spitzenverbände in der Fraktionssitzung zu Gast. >>> Wir stärken den Schutz vor Diskriminierung. >>> AG Kommunalpolitik zum Thema „Innenstädte“. >>> Für mehr Inklusion im Arbeitsleben. >>> Mehr Tierwohl in Ställen. >>> Einblicke in die Sitzungswoche. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

Meine Rede zum Antrag AfD „Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern“

Die Modernisierung des Gebäudeenergiegesetzes ist ein wichtiger und notwendiger Schritt im Kampf gegen den Klimawandel. Diesen Schritt wollen wir mit den Menschen, mit den Mietern, mit den Hauseigentümern gemeinsam gehen. Dazu braucht es eine konstruktive Debatte für die Umsetzung und den weiteren Feinschliff. Was wir nicht brauchen, ist eine Instrumentalisierung des Vorhabens für radikale Botschaften. Das habe ich heute in meiner Rede zum AfD-Antrag "Verbot von Öl- und Gasheizungen" deutlich gemacht. Der



Foto: Christian Spies

Weg zur Klimaneutralität ist vielleicht nicht unbedingt bequem. Aber zurücklassen werden wir auf diesem niemanden! Wir stehen vor intensiven Verhandlungen. Klar ist für uns, dass wir die Eigenheimbesitzer und Mieter im Land nicht im Stich lassen werden und innerhalb der Koalition für praktikable Umsetzungsmöglichkeiten, die die Menschen mitnehmen und kosten günstig sein werden, uns einsetzen. Wir sind sehr daran interessiert, ein Gesetz zu machen, dass auch funktioniert, und zwar sowohl hinsichtlich der technischen Umsetzung als auch der sozialen Verträglichkeit und Finanzierbarkeit.

Gar nichts zu machen, wäre die teuerste Alternative. Die Preissprünge beim Gas haben uns gezeigt, wie sensibel und unsicher der Weltmarkt bei Energielieferungen ist und niemand möchte in einer kalten Wohnung sitzen. Daher ist es wichtig, die Umstellung des Wärmemarktes heute beginnen wird. Alles weitere in der Rede, die ihr euch hier nochmal ansehen könnt.



Kommunale Spitzenverbände in der Fraktionssitzung zu Gast.



Burkhard Jung, Rolf Mützenich und Ralph Spiegler

An der Seite der Kommunen. Heute hatten wir in der Fraktionssitzung die Repräsentanten der Kommunalen Spitzenverbände, den Vizepräsidenten des Deutschen Städtetags und Leipziger OB **Burkhard Jung** sowie den 1. Vizepräsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm **Ralph Spiegler** zu Gast. Bei dem

Spitzentreffen standen aktuelle Herausforderungen der Kommunen im Vordergrund. Dazu gehörte die Unterbringung von Geflüchteten, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Energieversorgung, Mobilität, Bewältigung des Klimawandels, Integration und die Lage der Kommunalfinanzen. Dabei ging es nicht darum, öffentlichkeitswirksame, laute und undifferenzierte Äußerungen zu tätigen. Wir sind an einem gezielten Austausch interessiert, um gemeinsam gute Lösungen zu finden.

Angesichts der vielfältigen Aufgaben haben wir den Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände unsere Unterstützung zugesichert. Unsere Städte und Gemeinden müssen handlungsfähig sein. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für uns die Freiheit, Bedingungen für gute Lebensqualität vor Ort zu ermöglichen. Wir schaffen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Rahmenbedingungen für diese Aufgabe. Vielen Dank für den guten Austausch!



Ralph Spiegler, Bernhard Daldrup, Nancy Faeser, Burkhard Jung, Klara Geywitz, Kevin Kühnert

Wir stärken den Schutz vor Diskriminierung.

Jede dritte Person in Deutschland ist schon einmal diskriminiert worden – aufgrund des Alters, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion oder der Weltanschauung. Aber nur sechs Prozent der Betroffenen klagen dagegen. Das wollen wir ändern. So haben Betroffene bisher nur zwei Monate Zeit, um ihre Ansprüche geltend zu machen. Das ist viel zu kurz. Deshalb fordern wir, diese Frist auf ein Jahr zu verlängern. Da viele Betroffene die zeitliche, emotionale und finanzielle Belastung eines langwierigen Gerichtsverfahrens nicht tragen können oder wollen, setzen wir uns außerdem dafür ein, dass Antidiskriminierungsverbände für betroffene Personen

klagen können (sog. kollektiver Rechtsschutz). Zudem sollte ein Verbandsklagerecht eingeführt werden, damit qualifizierte Verbände auch unabhängig von der individuellen Betroffenheit Einzelner einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot gerichtlich feststellen lassen können. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns seit jeher mit aller Entschiedenheit jeder Art von Diskriminierung entgegen. Unser Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Chancen und die gleiche Teilhabe zu garantieren. Daher freuen wir uns auch darüber, im Deutschen Bundestag in dieser Woche das Übereinkommen Nr. 190 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt zu ratifizieren.

Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb vereinbart, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu reformieren. Welche Aspekte dabei berücksichtigt werden müssen, haben wir in einem Positionspapier zusammengefasst, das wir diese Woche beschlossen haben.

Wir sagen Diskriminierung den Kampf an!

Dafür reformieren wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz.

Wir fordern:

- ➔ bessere Klagemöglichkeiten für Betroffene
- ➔ härtere Sanktionen bei Diskriminierung
- ➔ Diskriminierungsschutz auch gegenüber Behörden

SPD Fraktion im Bundestag

Für mehr Inklusion im Arbeitsleben

Der Arbeitsmarkt soll allen Menschen offenstehen – egal, ob mit oder ohne Behinderung. Leider drücken sich einige Unternehmen davor, Menschen mit Behinderung einzustellen, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Damit sich das ändert, müssen Arbeitgeber, die keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen, in Zukunft eine höhere Abgabe zahlen. Konkret führen wir mit dem Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt, das wir in dieser Woche beschließen, eine vierte Staffel der Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber ein. Das heißt: Die sogenannten „Null-Beschäftigten“ zahlen dann 720 Euro monatlich, doppelt so viel wie bisher. Wir ermöglichen damit mehr Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt und sorgen für mehr Gerechtigkeit.

**Für mehr
Inklusion im
Arbeitsleben.**

SPD Fraktion im
Bundestag

Außerdem können Arbeitgeber künftig höhere Lohnkostenzuschüsse von der Arbeitsagentur erhalten, wenn sie Menschen mit Behinderung beschäftigen („Budget für Arbeit“). Die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe werden wir vollständig in die Beschäftigungsförderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt investieren. Leistungen des Integrationsamtes werden schneller genehmigt, etwa für eine Arbeitsassistenz oder eine Berufsbegleitung.

Mit dem Gesetz machen wir einen großen Schritt in Richtung einer inklusiven Gesellschaft und setzen eine langjährige Forderung der Verbände der Menschen mit Behinderung um, die CDU und CSU immer blockiert haben.

Mehr Tierwohl in Ställen.

Mit dem von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (THKG) wird die gesetzliche Verpflichtung geschaffen, Lebensmittel tierischer Herkunft mit der Haltungsform der Tiere zu kennzeichnen, von denen das Lebensmittel gewonnen wurde. Die Umstellung auf die nach dem THKG vorgesehenen Haltungsformen kann einen Umbau der Ställe erfordern. Die bislang geltende Regelung reicht jedoch für den Umbau der Anlagen auf die nach dem THKG vorgesehenen Haltungsformen nicht aus. Um tierhaltende Betriebe bei einer artgerechten Tierhaltung zu unterstützen, bringen die Koalitionsfraktionen in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) in den Bundestag ein. Ziel ist, den Umbau von Ställen bauplanungsrechtlich zu erleichtern, so dass Ställe künftig den Anforderungen an die im THKG genannten Haltungsformen Frischluftstall, Auslauf/Weide oder Bio genügen können. Diese Erleichterung soll auch für die Errichtung von Ersatzbauten gelten.

AG Kommunalpolitik: Zukunft der Innenstädte.

In der AG Kommunalpolitik diskutierten wir mit dem Bereichsleiter für Standort- und Verkehrspolitik des Handelsverbands Deutschland **Michael Reink** und dem Gründer des Deutschen Instituts für Städtebaukunst (DIS) **Christoph Mäckler** über die Zukunft der Innenstädte.

Innenstädte, Ortskerne und Zentren stehen bundesweit bereits seit langem in vielen Städten und Gemeinden vor enormen Transformations-



Michael Reink, Bernhard Daldrup und Christoph Mäckler

herausforderungen, die durch die Corona-Pandemie noch verstärkt werden. Um dem zu begegnen sind innovative und multifunktionale Konzepte notwendig, die Wohnangebote, Kultur- und Freizeit-einrichtungen schaffen, Begegnungsräume kreieren sowie urbane Manufakturen aufbauen.

Uns allen ist klar: Wir dürfen unsere Zentren nicht mehr nur als Einkaufszonen verstehen, sondern auch als soziale Erlebnisräume mit Angeboten für Wohnen, Arbeiten, Begegnung, Bildung, Gastronomie und Kultur. Das Bundesbauministerium unterstützt die Kommunen auch hierbei im Rahmen der Städtebauförderung, um sie bei dieser schwierigen Transformation zu begleiten.





Bernhard Daldrup, Anja Liebert, Daniel Föst, Caren Lay und Jan-Marco Luczak

Der Gebäudebereich steht wegen des steigen-den Bedarfs an Wohnraum vor einer Zeiten-wende. Bei der **KfW-Fachveranstaltung "Die Zukunft von Bauen und Wohnen"** haben wir über die Herausforderungen und die Lösungs-ansätze gesprochen. Die Politik muss in diesen Zeiten so viel Sicherheit geben wie möglich; Rahmenbedingungen schaffen, die den Bedarfen am Wohnungsmarkt – also mehr Wohnraum – und dem Bedarf nach mehr Klimaschutz entsprechen.

Mit dem Parlamentarischen Staatssekretären **Sören Bartol** und der Generalbevollmächtigten der KfW Bankengruppe **Katharina Herrmann**, die am 1. April in den Vorstand gewählt wurde.



Beim Parlamentarischen Frühstück zum **14. Wohnungsbautag**.



Während der Osterferien ging es auch bei uns im Kreis etwas ruhiger zu. Ganz ohne politische Termine und Besuche sollte die Zeit rund um die Feiertage aber natürlich nicht bleiben. So hat mir Georgios Staikos, Initiator des ersten Hauses aus dem 3D-Drucker aus Beckum, seine neuesten Ideen rund um den 3D-Druck gezeigt. Das Ziel dabei: klimafreundlicher werden!

So werden aktuell erste Tests gestartet mit nachhaltiger Masse im Drucker. Dem Beton wird dazu Bauschutt, also recyceltes Material, oder seit neuestem auch Holz zugefügt. Serielles, schnelles und günstiges Bauen wird so künftig immer grüner und nachhaltiger!



Von einem kurzen, fast schmerzlosen Krankenhausaufenthalt blieb ich auch nicht verschont. Aber: Erfolgreich! Die kleine, planmäßige Hand OP konnte ich gut hinter mich bringen.



Fast direkt im Anschluss ging es auch schon weiter nach Hamburg: Zeugenladung zum Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft im Fall CumEx.





Bild: Florian Götting

Wie geht es weiter mit der NRWSPD? Diese Frage beschäftigt seit dem Rücktritt von Thomas Kutschaty sicher viele. Auch uns als SPD im Kreis Warendorf. Deshalb haben wir am vergangenen Wochenende mit unseren Mitgliedern einfach mal drüber geredet. Fazit: Wir müssen selbst noch weniger "Ja, aber" und viel mehr "Ja, deshalb!" sagen. Wir haben viel erreicht auf das wir stolz sein können. mit diesem Optimismus gelingt auch die Neuaufstellung der Partei!

Am Sonntag durfte ich dann gemeinsam mit NRW-Schulministerin Dorothee Feller, CDU (vielleicht hat sie währenddessen ja das Internet gelöscht...) und dem stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden, Carsten Linnemann, die 6. Industrie- und Gewerbeschau in Wetringen eröffnen. Danke für die Einladung an meine Münsterländer Bundestagskollegin Sarah Lahrkamp und den Bürgermeister Herrn Bültgerds!

